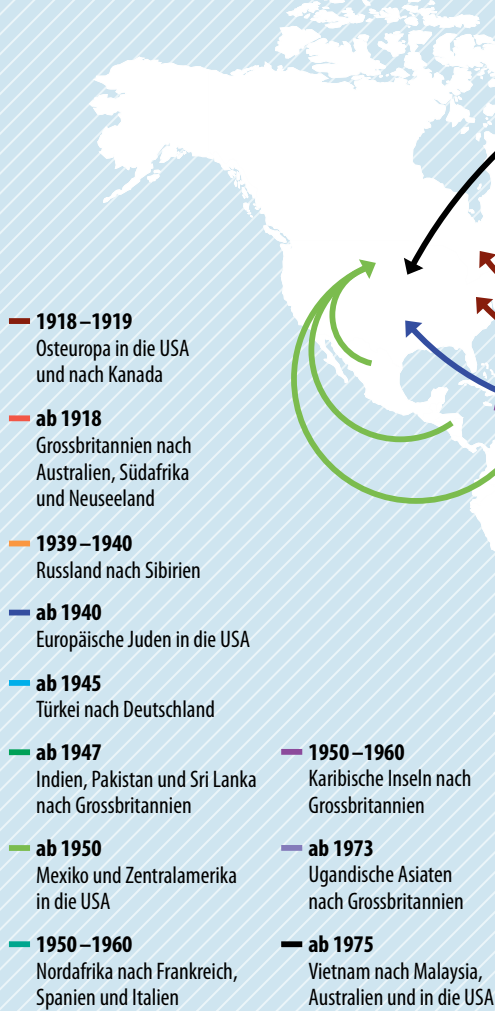


Was zählt

Quelle: Credit Suisse (Global Investor 2.13, November 2013) / Grafik FuW, rm



Migration fördert den Fortschritt

Wanderungsströme im 20. Jahrhundert

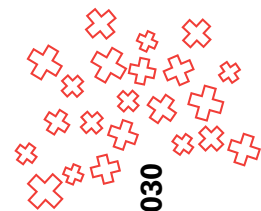
Die Geschichte der Menschheit kann – vereinfacht ausgedrückt – auch als eine Geschichte der Völkerwanderungen, der Migration also, verstanden werden. Die Geschichte der Wanderungsbewegungen reicht von prähistorischer Zeit über die Spätantike bis in die Gegenwart. Im 20. Jahrhundert erwiesen sich der nordamerikanische Kontinent sowie Europa als Kristallisationspunkte der Zuwanderung. Weltweit gibt es schätzungsweise gut 230 Mio. Migranten. Pro Jahr

wechseln rund 15 Mio. Menschen ihr Wohnland. Davon sind rund 5 Mio. aus wirtschaftlichen Gründen unterwegs, und 3,5 Mio. sind Studenten. Es ist allerdings ein Mythos, dass Migranten den Wohlstand des Ziellandes schmälern. Genau das Gegenteil ist der Fall: Migration macht Wirtschaften dynamischer und schafft Arbeitsplätze, wie der in Oxford lehrende Ian Goldin belegt. Sie ist gar der Haupttreiber menschlichen Fortschritts. Das hat auch die Schweiz, in nicht allzu

ferner Vergangenheit noch ein Auswanderungsland, erlebt: Das Wachstum der vergangenen Dekade wäre ohne die Zuwanderung gut ausgebildeter ausländischer Arbeitskräfte nicht möglich gewesen. Zudem geht oft vergessen, dass ganze Branchen, wie die Uhrenindustrie, oder wichtige Unternehmen wie Nestlé oder die frühere BBC von Immigranten aufgebaut worden sind. Und was tut die Schweiz heute? Sie baut Wälle gegen die Zuwanderung auf. **PM**

Auf zur «Neuen Eidgenossenschaft»

Mit der Schaffung eines Bürger- und eines Einwohnerstaats entstehen beste Anreize für eine attraktive, effiziente und offene Schweiz. **REINER EICHENBERGER**



VISION SCHWEIZ 2030

Zur Serie

In der Serie «Vision Schweiz 2030» beschreiben Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Kultur, wie sie die Eidgenossenschaft im Jahr 2030 sehen. Der persönliche Blick in die Zukunft soll zeigen, was die Autoren von der Schweiz erwarten, was sie erhaltenswert finden und was neu geschaffen werden kann.

Die Schweiz soll auch 2030 punkto Lebensqualität Weltspitze sein. Dafür muss sie freiheitlich, reich, schön, sicher sowie sozial sein und dem kategorischen Imperativ folgen: Lebe so, dass es gut ist, wenn andere Länder gleich leben.

Um das zu erreichen, muss die Schweiz vieles noch besser machen. Ihre Märkte für Arbeit, Wohnen, Bildung, Gesundheit, Verkehr, Energie etc. müssen flexibler und der Staat effizienter werden. Höchstleistungen entstehen nur in einem weltweiten, intensiven und möglichst freien Austausch. Personen mit besonderen Fähigkeiten müssen möglichst frei einwandern können, und unsere Jugend muss die weltbeste Ausbildung geniessen – immer öfter auch im Ausland.

Zuwanderungsmagnet

Damit wird die Schweiz bis 2030 erst recht zum Zuwanderungsmagneten. Mit der Stagnation der Europäischen Union (EU) und der schnellen Entwicklung der Ausbildungssysteme der Schwellen- und Entwicklungsländer wächst die Anzahl zuwanderungswilliger, für unseren Arbeitsmarkt hinreichend ausgebildeter Personen. Zugleich sinken ihre Wanderungskosten, weil sie einfacher in die Schweiz reisen und dank Internet etc. den Kontakt mit ihrer Heimat besser pflegen können.

Wie kann die Schweiz so attraktiv und offen sein, ohne unter übermässigem Bevölkerungswachstum zu leiden? Erstens soll frei zuwandern dürfen, wer viel von der Einwanderung hat und hier viel einbringen kann. Dazu muss die Wanderungsfreiheit über die EU hinaus erweitert werden. Zweitens soll ein Teil der Wanderungsgewinne von Zuwanderern und Bodenbesitzern zugunsten der bisherigen Einwohner umverteilt werden. Drittens: Unser Staat verfügt über ein riesiges Ver-

mögen in Form von Boden, Immobilien, staatsnahen Betrieben (wie Swisscom, Post, Kantonbanken und Verkehrsunternehmen), überschüssigen Reserven von Nationalbank und Suva sowie dem Recht auf Besteuerung von Boden und Immobilien. Heute fliessen die entsprechen-

Weil der Bürgerstaat mehr Gerechtigkeit schafft, lohnt sich im Einwohnerstaat eine freiheitlichere Politik.

den Erträge direkt oder indirekt in den allgemeinen Einnahmentopf. Für Normalverdiener sind deshalb die Einkommenssteuern tief und die Leistungen hoch, was vor allem Zuwanderung von Normalverdienern bringt. Hier wird deshalb vorgeschlagen, diesen Vermögensertrag nicht mehr in den allgemeinen Staatshaushalt, sondern gezielt an die bisherigen Einwohner der Schweiz fliessen zu lassen.

Dazu müssen das alte Staatsvermögen und die Steuererträge auf Immobilien in eine Genossenschaft eingebracht werden, ähnlich einer Bürgergemeinde. Die Mitglieder dieses Bürgerstaats, der «Neuen Eidgenossenschaft», sind die langjährigen Einwohner. Sie erhalten aus dem Genossenschaftsertrag eine jährliche Dividende, bei Volljährigkeit ein Bildungskapital zur Finanzierung der tertiären Bildung und bei Bedarf Sozialhilfeszulagen in Form von Zuschüssen zu tiefen Arbeitseinkommen. Dank diesem Schutzmechanismus kann der grosse Rest des Staates, der Einwohnerstaat, auf Effizienz getrimmt werden. Als Kernelement wird dabei eine Kopfprämie als Grundbeitrag für die Nutzung der Staatsleistungen eingeführt, und die Steuersätze für höhere Einkommensteile

werden gesenkt. Zugleich werden die tertiäre Bildung dereguliert und die Studiengebühren erhöht, die Sozialhilfe dem europäischen Niveau angenähert sowie die flankierenden Massnahmen gelockert. Damit wird die Schweiz für hoch qualifizierte Zuwanderer mehr und für unqualifizierte weniger attraktiv. Über die Kopfprämie kann die Zuwanderung quantitativ und qualitativ gesteuert werden, und die Zuwanderer können schneller in das politische System integriert werden. Und entscheidend:

Weil der Bürgerstaat Gerechtigkeit unter den bisherigen Einwohnern schafft und sie zu Gewinnern der Zuwanderung macht, lohnt sich im Einwohnerstaat eine freiheitlichere Politik erst recht. Beispielsweise wird dann volle Kostenwahrheit im Verkehr geschaffen. Über Mobility Pricing muss der Privatverkehr die von ihm verursachten Externalitäten von rund 9 Mrd. Fr. jährlich tragen, dafür muss der öffentliche Verkehr ohne seine bisherige staatliche Unterstützung von rund 8 Mrd. Fr. auskommen und seine Externalitäten von rund 2 Mrd. Fr. tragen. So wird der Verkehr effizienter, flüssiger, wird besser verteilt und wird umweltverträglicher. Dank den Budgeterleichterungen kann die Mehrwertsteuer abgeschafft, die Grenze für Direktimporte geöffnet und so endlich die Preisinsel geknackt werden.

Wohlfahrtsgewinne

Die Effizienzorientierung des Einwohnerstaats bringt grosse Wohlfahrtsgewinne. Für die langjährigen Einwohner werden die Belastungen durch Kopfprämie und Sparmassnahmen durch die Auszahlungen der «Neuen Eidgenossenschaft» überkompensiert. Der Aufwand zur Gründung der «Neuen Eidgenossenschaft» ist verglichen mit den realen Alternativen – Zuwanderungskontingente oder Personen-

freizügigkeit mit einschneidenden flankierenden Massnahmen – klein. Die Vermögen des Bürgerstaats können real in neue schlanke demokratische Körperschaften ausgelagert oder im Auftrag der Bürger vom Einwohnerstaat gegen eine Gebühr verwaltet werden.

Und wie verträgt sich das mit unseren internationalen Verträgen und mit der Masseneinwanderungsinitiative? Bestens! Kontingente erübrigen sich, können aber als Sicherheitsventil festgelegt werden. Das neue Konzept ist nicht diskriminierend, weil Zuwanderer frei kommen können und im Einwohnerstaat gleich behandelt werden wie Einheimische sowie schneller über politische Mitsprache verfügen. Und sogar der kategorische Imperativ ist erfüllt. Mit dem hier vorgeschlagenen System haben Volk und Regierung beste Anreize, für eine möglichst attraktive, effiziente und offene Schweiz einzustehen. Denn davon profitieren dann alle.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Fribourg und Forschungsdirektor von CREMA (Center of Research in Economics, Management and the Arts).